

II- 9230 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 45271J

**A N F R A G E**

1993 -03- 25

der Abgeordneten Dr. Keppelmüller, Wolfmayr  
und Genossen

an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie

betreffend Berichterstattung in den Medien über die Umstellung des Wasserwirtschaftsfonds

In den Oberösterreichischen Nachrichten ist am Samstag, den 20. März 1993 ein Artikel veröffentlicht worden, indem wiederum von einem "Saustall" im Wasserwirtschaftsfonds die Rede ist. Im besonderen werden die notwendigen teureren Zwischenfinanzierungen für die Gemeinden durch das Liegenbleiben von Anträgen und die mangelnde Aufarbeitung der Kontenführung erneut kritisiert.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie nachstehende

**Anfrage:**

1. Sind Sie bereit, den Mitgliedern des Umweltausschusses eine Sachverhaltsdarstellung über die in beiliegendem Artikel genannten Aussagen zu geben?  
Inwieweit stimmen diese Vorwürfe und wie können sie rasch behoben werden?
2. Sind Sie bereit, die Öffentlichkeitsarbeit über die Umstellung im Wasserwirtschaftsfonds gerade auf der Ebene der Gemeindevertreter zu verbessern?

# Saustall im Wasserwirtschaftsfonds brachte Oberösterreichs Gemeinden um Millionen

Gemeindebund klagt über „sehr hohe Kosten“ der Zwischenfinanzierung / Fondsgeld frühestens im April

LINZ. Sehnsüchtig erwarten Dutzende oberösterreichische Gemeinden das Ende des Saustalls im Wasserwirtschaftsfonds. Denn erst wenn die Konten wieder in Ordnung sind und das Förderungssystem von Direktsubvention auf Annuitätzuschüsse umgestellt ist, soll wieder Geld fließen. Frühestens im April dürften so Bundesgelder für Kanalsanierung, Kläranlagen und auch Wasserversorgung in Oberösterreich ohnedies nicht prall gefüllte Gemeindekassen gehen. „Die Zwischenfinanzierung hat die Gemeinden Millionen gekostet“, ist auch Gemeindebunddirektor Hans Neuhofer über das sich abzeichnende Ende der Durststrecke froh. Immerhin stand der Wasserwirtschaftsfonds per Ende Februar bei teils seit Jahren fertigen Projekten mit rund 75 Millionen bei Oberösterreichs Kommunen in der Kreide.

Doch die 75 Millionen Bundesschuld sind nur für jene Bauten im Dienste der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, die bereits

bewilligt und längst in Betrieb sind. Der Schaden wegen des Saustalls im Wasserwirtschaftsfonds, der zu einem Ruhen seiner Tätigkeit

bereits seit gut einem Jahr führte, ist weit höher.

Immerhin haben etliche Gemeinden bereits fertig projektierte Kläranlagen wieder auf Eis legen oder sich mit teuren Bankkrediten als Zwischenfinanzierung über die Runden retten müssen. „Die Liste ist endlos“, seufzt der Büroleiter von Gemeindefereferent Karl Grüner, Rudolf Doleschal. So hat das Land etwa in Walding, Mauerkirchen und Sarleinsbach teurere Zwischenfinanzierungen bewilligt, da man nicht warten konnte, bis der Fonds wieder arbeitet.

Die Liste der „Verbindlichkeiten“ des Wasserwirtschaftsfonds per Ende Februar, die dieser teils aus dem Jahre 1987 mitschleppt, liest sich abenteuerlich. Die Gemeinde Ansfelden scheint mit 2,9 Millionen auf, der Reinhalteverband Mauthausen-Ost mit 4,8 Millionen, die

Eferdinger Wassergenossenschaft mit 2,6 Millionen, der Reinhalteverband Wolfgangsee/Bad Ischl mit saten 4,7 Millionen, und bei der Wassergenossenschaft Ager-West steht der Wasserwirtschaftsfonds per Ende Februar sogar mit sieben Millionen in der Kreide. Kaum besser geht es den Gallneukirchnern, die bei zwei Bauabschnitten auf 2,3 und 1,4 Millionen hoffen.

Auch der Rückenwind eines großen Unternehmens nützt, wenn es um Geld vom Wasserwirtschaftsfonds geht, nichts. Mit 6,8 Millionen scheint die Papierfabrik Laakirchen auf der Liste der Verbindlichkeiten des Fonds auf.

„Das ist schon wider die Vereinbarung“, sieht Alfons Rossoll, Leiter der Landesabteilung Wasserbau, diese jahrlange Schuld des Bundes als krasse Verfehlung an. Er bestätigt, daß viele Ge-

meinden Schwierigkeiten hätten.

Ein Umstand, den auch der Direktor des Gemeindebundes, Hans Neuhofer, anprangert. „Die Zwischenfinanzierung hat den Gemeinden Mehrkosten in Millionenhöhe erwachsen lassen“, hofft Neuhofer, daß die schlamperten Verhältnisse im Wasserwirtschaftsfonds in den nächsten Monaten geordnet sein werden. Ein Trost für die hingehaltenen Gemeinden: „Ich habe schon den Eindruck, daß die Konten jetzt ordentlich erfaßt sind“, so Neuhofer.

Starke Worte für die Schädigung der Gemeinden findet auch Landeshauptmannstellvertreter Karl Grüner (SP). „Die Warterei ist ein Riesenproblem“, so Grüner zu den OÖN. Beim Fonds, der ab April auf neuen Füßen stehen soll, liegen allein aus Oberösterreich 180 Anträge in Höhe von 4,4 Milliarden.

Da künftig nur mehr Annuitätzuschüsse und keine Darlehen mehr gewährt werden, müssen die Gemeinden selbst um Zinssätze feilschen. Die Latte des Fonds: maximal 8,25 Prozent.

■ KARIN HAAS